

Koordinierungskreis: Brot für die Welt (Ellen Gutzler, Dr. Brigitte Bohlinger), Misereor (Dr. Raul Bagopha), Pax Christi (Dr. Heinz Werner Wessler), Diakonie Menschenrechte (Monika Wucherpfennig), Vereinte Evangelische Mission (Dr. Jochen Motte)

Liebe Leserinnen und Leser,

Das Jahr begann mit verheißungsvollen Friedensverhandlungen im Ostkongo. Die Friedenskonferenz in Goma, an der 1300 Delegierte teilnahmen, endete mit einem relativen Erfolg. Vertreter der kongolesischen Regierung, der Rebellen des Tutsi-Generals Laurent Nkunda und weitere kleinere bewaffnete Gruppen unterzeichneten ein Waffenstillstandsabkommen. Gemeinsam mit der Initiative Südliches Afrika (INISA) und der Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) veranstaltet das ÖNZ hierzu eine Diskussionsrunde, an der neben Hartwig Fischer vom Deutschen Bundestag und Dominic Johnson von der taz auch der Vize-Präsident der Friedenskonferenz in Goma, der zugleich auch der Präsident der Wahrheits- und Versöhnungskommission im Kongo ist, Mgr. Kuye-Ndondo, teilnehmen.

Die Aufarbeitung des Kongokrieges durch den Internationalen Strafgerichtshof macht Fortschritte. Anfang Februar gab der Gerichtshof in Den Haag die Verhaftung des ehemaligen kongolesischen Milizenführers Mathieu Ngudjolo bekannt. Ngudjolo kommandierte 2002 bis 2003 im nordostkongolesischen Distrikt Ituri die Miliz "Nationalistische Front für Integration" (FNI), die für zahlreiche Kriegsverbrechen am Volk der Hema verantwortlich gemacht wird.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und der Umgang mit der jungen Demokratie sind wichtige Themen für den Kongo. Das ÖNZ und FriEnt greifen diese Themen mit der Veranstaltung "Transitional Justice in der DR Kongo" auf. Auch Deutschland trägt hier als Akteur der internationalen Gemeinschaft eine Verantwortung. Daher wird der Eröffnungsabend offen sein für Politiker und alle anderen Interessierten. Es würde mich sehr freuen den ein oder anderen dort persönlich zu treffen.

Dr. Karin Müller
(Koordinatorin des ÖNZ)

ÖNZ und FriEnt
veranstalten
Internationale Fachtagung zum
Thema
"Transitional Justice"

Vom 12. bis zum 14. März wird in Berlin eine Tagung mit internationalen Fachleuten zum Thema "Transitional Justice in der Demokratischen Republik Kongo" stattfinden. Geladen sind unter anderem der Präsident der kongolesischen Wahrheits- und Versöhnungskommission Mgr. Kuye-Ndondo, so wie der ehemalige UN-Sonderberichterstatter für den Kongo, Roberto Garretón aus Chile.

An den drei Tagen werden internationale Experten mit Teilnehmenden aus Deutschland über den aktuellen Stand des kongolesischen Transformationsprozesses diskutieren. Dabei werden besonders justizielle Aufarbeitung und der Aspekt Wahrheit und Wiederherstellung sozialer Beziehungen in den engeren Fokus genommen. Eröffnet wird die Veranstaltung mit einer Rede der Vorsitzenden des Ausschusses für Menschenrechte, der ehemaligen Justizministerin Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin.

Nach Jahren des Bürgerkrieges steht die kongolesische Gesellschaft nun am Anfang eines unzweifelhaft langen und komplexen Wandlungsprozesses. Nach über 40 Jahren wurden 2006 die ersten demokratischen Wahlen in der DR Kongo abgehalten. Die Situation im Land bleibt aber dennoch kritisch: Fortschreitende Gewalt, politische Instabilität und damit auch zusammenhängende soziale Probleme kennzeichnen diese. Die Wiederherstellung von Frieden und Gerechtigkeit für die Millionen, die darunter zu leiden haben, scheint eine unmögliche Aufgabe. Schlussendlich müssen dabei alle Gesellschaftsschichten und Strukturen einer Zivilgesellschaft involviert werden.

Erfahrungen aus verschiedenen anderen Transformationsländern, wie zum Beispiel Ost-Timor und Chile, haben gezeigt, dass die Wiederherstellung des Justizwesens, Mechanismen zur Wahrheitsfindung und die Stärkung sozialer Verbindungen Kernelemente von Wandlungsprozessen in Nachkriegsgesellschaften sind. Das Konzept von "Transitional Justice" sieht eine Vielzahl von möglichen Instrumenten für einen solchen Prozess vor, um beispielsweise Gräueltaten aus der Vergangenheit aufzuarbeiten und so den Weg in eine friedliche Zukunft zu ebnen. Aber wie genau sehen diese Methoden aus? Wie muss das Justizwesen gestaltet werden? Wie sieht ein Wahrheitsfindungsprozess konkret aus? Was muss unternommen werden, um die so wichtige Zivilgesellschaft zu unterstützen und zu schützen?

Solchen Fragen werden die Teilnehmer der Fachtagung versuchen, auf den Grund zu gehen. Es bleibt zu wünschen, dass die Konferenz ihren Teil zu einer friedlichen Zukunft des drittgrößten Landes des afrikanischen Kontinents beitragen kann.

Revision der Bergbauverträge in der DR Kongo

Bereits angekündigt im April 2007 wartet der Endbericht der kongolesischen Regierung über die Vergabe der Bergbauverträge auf seine endgültige Veröffentlichung, welche für Ende Februar 2008 angesetzt war. Die Regierung Joseph Kabila scheint sich damit allerdings schwer zu tun, wird der Bericht sicherlich Unangenehmes offenbaren: Gerüchten zufolge müssten 61 der bestehenden Verträge im Grunde zurückgenommen werden. Viele der aktuellen Verträge zum Abbau von Erz, Gold, Diamanten und anderen Rohstoffen kamen zu Zeiten der großen Konflikte im Kongo (1996-2002 und 2003-2006) zu Stande oder resultieren noch aus der Mobutuära. Das Regime von Laurent Kabilas sicherte sich über die Vergabe von Schürfrechten finanzielle Unterstützung sogenannter krimineller Elite-Netzwerke, wie sie im UN Bericht von 2002 bezeichnet wurden, und auch die Partei seines Sohnes, Joseph Kabilas, finanzierte sich auf solche Weise.

Umso überraschender sind deswegen nun deutliche Worte des kongolesischen Vizeministers für Bergbau, H. E. Victor Kasongo, während der Konferenz Mining Indaba in Kapstadt vom 05. Februar. Kasongo sieht in seinem Ministerium den Schlüssel für die Zukunft des Kongo liegen. Denn vom Profit der natürlichen Reichtümer des Landes hängen Investitionen in Sicherheit und Entwicklung ab. Um eine Verbesserung der Gesamtlage zu erreichen, sieht er einerseits sein Ministerium in der Pflicht, das die Ehrlichkeit der Investitionsmaßnahmen und die tätigen Unternehmen zu überwachen habe. Er sieht aber auch eine deutliche Mitverantwortung bei den internationalen Firmen. Zur Überprüfung der Bergbauverträge sagte Kasongo, dass die Regierung anfangs davon ausgegangen sei, dass nur ein paar Verträge illegal geschlossen wurden und einer Revision bedürfen. Nun habe sich herausgestellt, dass fast alle Verträge neu abzuschließen seien. Dies stelle die Regierung vor große Herausforderungen. Was aber gut fürs Geschäft sei, sei auch gut für den Kongo, so der Vizeminister. Deswegen wolle man nun "behutsam" vorgehen und mit allen betroffenen Bergbauunternehmen über die Ergebnisse der Regierungskommission, mit der z. B. auch die Beratungsfirma Ernst & Young zusammenarbeitete, ausführlich sprechen. Es sei keinem daran gelegen, eine investitionsfeindliche Lage zu schaffen.

Von 61 überprüften Konzessionen entspricht also wohl keine einzige "guten" Standards. Kasongo will nun an Gewinnsituationen für Unternehmen und die kongolesische Bevölkerung arbeiten. Darunter verstehen er und die Regierung, dass die Konzerne zwar gerne hohe Profite erzielen dürfen, aber nicht auf Kosten der Bevölkerung. So wurde z. B. festgestellt, dass Unternehmen, wie Gécamines, absolut unterbewertet sind und dass Mineralienverkäufe nicht immer dem Weltmarktpreis nach getätigt wurden. Kasongo will nun auf die einzelnen Unternehmen zugehen und neu verhandeln. "Es ist im Interesse der DR Kongo und seiner Investoren, dass die Elemente der Verträge, welche einer Korrektur bedürfen, schnell und eindeutig geregelt werden."

Die deutsche Sektion von pax christi im Kongo

Der Anfang war der kongolesisch-deutsche Kreis in Bonn, der sich in den späten 1990er Jahren gelegentlich traf und mit kleinen Veranstaltungen auf die große Not in der DR Kongo und ihre politischen Dimensionen aufmerksam zu machen versuchte. Daraus ging Anfang 2000 ein politischer Appell hervor. Genauer gesagt "der" Internationale Kongo-Appell, eine große Aktion, unterschrieben von ca. 50 Prominenten aus Politik und Gesellschaft. pax christi und viele andere Einzelpersonen und befreundete Organisation, unter ihnen Hildegard Goss-Mayr, Präsidentin des Internationalen Versöhnungsbundes (IFOR) aus Österreich, einte die Wut über den ungebremsten Waffenfluss in die Kriegsgebiete.

Aus dieser Initiative ging die Gründung einer pax christi-Kommission hervor, die der inzwischen verstorbene, aber unvergessene Andreas Schillo gegen so manchen Bedenkenträger per Akklamation durch die Delegiertenversammlung von pax christi im November 2000 durchsetzte. Sie gab sich den ambitionierten Titel: Solidarität mit Zentralafrika. Afrika im Allgemeinen und die Region der Großen Seen im Besonderen gehörten bis dahin nicht gerade zu den Brennpunkten internationaler Friedensarbeit. Auch in der Friedensbewegung in Deutschland war der Informationsstand schwach. Zu den Aufgaben der Kommission gehörte einerseits die Fortführung der Anliegen des Appells gegen den Waffenhandel, Fragen der Transformation der Kriegs- in eine Friedensökonomie, Lobbyarbeit für den Kongo, Verbreitung von Kongo-Informationen und Unterstützung der Friedensarbeit kongolesischer Partner. In guter pax christi-Tradition wurde letzteres zunächst auf Bistumsebene begonnen und zwar hauptsächlich im Bistum Köln.

Die beiden wichtigsten Kontakte wurden "Jumelage" genannt - kleine "pax christi-Pflänzchen", die von Deutschland aus "begossen werden" mussten, wie sich Andreas Schillo auszudrücken pflegte. Das sah am Anfang konkret so aus, dass die pax christi-Gruppe Kikwit immer mal wieder ein paar hundert Dollar für Projekte und für ihre Gruppenarbeit von pax christi in der

Diözese Köln zugesteckt bekam und ebenso pax christi Bukavu, eine Gruppe, die sich dort auch gerne "Nous sommes frères" nennt - "Wir sind alle Brüder". Initiiert vom Internationalen Kongo-Appell begann auch bei pax christi international mit Sitz in Brüssel ein Ansatz zu koordinierter Solidaritätsarbeit für die Region der Großen Seen. Die deutsche Sektion hat hier von Anfang an bei den regelmäßigen Treffen der internationalen Arbeitsgruppe "Große Seen" mitgewirkt. Mit dabei waren, neben der deutschen, vor allem die belgischen und holländischen Sektionen, später auch die italienische und französische.

Netzwerk Große Seen Im Zusammenhang mit dem zunehmenden Engagement von pax christi international entstand ein Netzwerk von regionalen Organisationen, die sich mit den Anliegen der katholischen Friedensbewegung verbunden wissen. Schwerpunkte waren hier jährliche gemeinsame Friedenswochen und bisher vier regionale Konsultationen sowie zwei panafrikanische Konsultationen, zu denen die deutsche Sektion jeweils Vertreter entsandt hat. Und hieran nahm dann oft auch Erzbischof Monsengwo teil, der damals noch in Kisangani residierte und gleichzeitig einer der Vizepräsidenten von pax christi international war. Im November 2007 wurde Erzbischof Monsengwo als Nachfolger von Patriarch Michael Sabbah (Jerusalem) zum Ko-Präsidenten von pax christi international gewählt. Im Übrigen stärkten persönliche Besuche aus Deutschland im Laufe der Jahre insbesondere den Kontakt zu pax christi Bukavu.

Die Mitgliedsgruppen im Netzwerk Große Seen organisierten gemeinsam mit pax christi international schon seit mehreren Jahren regelmäßig eine Friedenswoche. Unsere Freunde in Bukavu machten das manchmal zusammen mit ruandischen Friedensgruppen aus dem benachbarten Cyangugu - was jedoch im vorigen Jahr zu politischen Implikationen führte. Die offizielle Feindschaft zwischen Ruanda und Kongo ließ solche "Graswurzelkontakte" sowohl in Kigali als auch von der Provinzregierung des Kivu als "subversiv" erscheinen, sodass zeitweise beträchtliche Schwierigkeiten entstanden - mit der Polizei, mit den Behörden und den Militärs. Das gegenseitige "offizielle" Misstrauen war einfach zu groß - ein weites Feld für Friedensarbeit.

Die gründlich vorbereitete Einrichtung einer Stelle des Zivilen Friedensdienstes bzw. einer Stelle für einen Friedensarbeiter in Bukavu im pax christi Bereich scheiterte leider trotz intensiver Vorabsprachen - an deutscher katholischer Verbandsbürokratie - eine große Enttäuschung seinerzeit für die pax christi Kommission "Solidarität mit Zentralafrika".

Schulprojekt für Straßenkinder Bei "Nous sommes frères" in Bukavu entstand schon früh eine Sozialarbeitsstelle für Straßenkinder. Man holte die Kinder von der Straße, brachte sie bei Verwandten oder Menschen guten Willens unter und sorgte vor allem für ihren Schulunterricht. Unserer Ansicht nach zeigt dieses Projekt, dass man durchaus auch auf bescheidener Ebene erfolgreiche Projektarbeit machen kann. Derzeit gehen 290 Kinder in das Institut "Tunzo la mayatima" und werden dort von sieben vormals arbeitslosen Lehrern unterrichtet, für einen geringen Lohn, den wir gerade im vorigen Jahr auf 50 Dollar pro Monat erhöhen konnten. Inzwischen will man die Arbeit ausweiten und neue Lehrer einstellen, um eine größere Kinderzahl aufnehmen zu können.

Von Deutschland aus werden vorläufig vor allem die Lehrergehälter gefördert, daneben aber auch einige Seminare, die nicht direkt mit der Schule zu tun haben. Dazu gehörten im letzten Jahr Bewältigung von Traumata bei vergewaltigten Frauen oder Kindersoldaten. Übrigens haben sechs ehemalige Kindersoldaten im Umfeld der Schule eine Schreinerei gegründet und man hofft, dass später einige Schüler dort unterkommen können. Die Lehrer stellen mit einigen Schülern in ihrer Freizeit Karten mit afrikanischen Motiven aus Bananenblättern her. Eine lokal übliche Kleinkunst, die wir teilweise in Deutschland als "Grußkarten" oder zu Weihnachten gerne zugunsten des Projekts verkaufen.

Friedenskonferenz Goma Im Auftrag der Zivilgesellschaft wurde ein Vertreter von pax christi Bukavu zur Friedenskonferenz nach Goma entsandt.

Für pax christi im Kongo beginnt jetzt eine Zeit der Konsolidierung der Friedensarbeit und der Mithilfe bei der Bewältigung der Kriegsfolgen. Wichtigste Aufgabe der Zivilgesellschaft ist es

allerdings für den demokratischen Prozess und die Förderung einer Friedenskultur zu arbeiten

Heinz Rothenpieler

Weitere Informationen: pax christi Deutschland
www.paxchristi.de

Länderberichte

Burundi Im Januar diesen Jahres waren über 1.400 Familien aus der Musigati Kommune, die im Nordwesten der Provinz Bubanza liegt, dazu gezwungen ihre Heimatdörfer zu verlassen. Erneut ausgebrochene Kämpfe zwischen der FNL (Forces Liberales de Libération), die letzte Rebellengruppierung, die in Burundi noch besteht, und der Regierungstruppe, waren der Auslöser für die Flüchtlingsbewegung.

Ruanda Am 6. Februar wurde ein Haftbefehl von einem spanischen Untersuchungsgericht gegen 40 hochrangige Militärs aus Ruanda erlassen. Unter ihnen befindet sich auch Ruandas Präsident Paul Kagame, der auf Grund seines Amtes aber unter Immunität steht. Der Haftbefehl ist auf die Morde von neun Spaniern, die im Zeitraum von 1994 bis 2000 in Ruanda umgebracht wurden, zurückzuführen. Die Liste der Angeklagten enthält zahlreiche hochrangige Militärs, die heute vielfach für die ruandische Regierung im Ausland tätig sind, wie zum Beispiel der Militärattaché in Washington.

Die Anklage bringt viele Fragen mit sich, denn es wurde weder einer der Angeklagten zu den ihm vorgeworfenen Taten befragt, noch wurden Beweismaterialien vorgelegt. Stattdessen werden durch die Anklageschrift Thesen aufgestellt, nach denen die Angeklagten mit zahlreichen Ermordungen von Hutus, durch die Ruandische Patriotische Front in Verbindung gebracht werden. Der Anklage zufolge habe es einen "zweiten Genozid" gegeben, nachdem in Ruanda 1994 bereits ca. 800 000 Menschen (vorwiegend Tutsi) beim "ersten Genozid" ermordet wurden. Dadurch werden die Angeklagten nicht nur des Kriegsverbrechens und Verbrechens gegen die Menschlichkeit beschuldigt, sondern auch des Völkermordes.

Es ist fragwürdig, ob diese Anklage positive Auswirkungen mit sich bringen kann, denn die Diskrepanzen zwischen Hutu und Tutsi sind bis heute in Ruanda nicht wirklich, beziehungsweise nicht ausreichend, aufgearbeitet worden. Diese Anklage könnte auch als eine erneute Anstachelung des Konfliktes interpretiert werden. Der ruandische Justizminister bezeichnete die Anklage bereits als "orchestrierte Kampagne".

Problematik der Kriegswirtschaft im Ostkongo hält an

Wie ein aktueller Bericht der MONUC (Mission de l'Organisation des Nations Unies en République Démocratique du Congo) mit Veröffentlichung vom 22. Februar 2008 zeigt, finanzieren sich insbesondere die Rebellen der ruandischen FDLR-FOCA (Forces democratiques de libération du Rwanda - Forces combattantes abacunguzi) weiterhin über die Rohstoffausbeute im Osten der DR Kongo.

Der Bericht benennt konkret Gebiete, die unter direkter Kontrolle der Rebellen stehen. Zinnerz- sowie Goldvorkommen werden in Nord- und Süd-Kivu kontinuierlich abgebaut. Die Rohstoffe gelangen auf bekannten Wegen nach Bukavu oder Goma. Das alte Lied der Kriegsökonomie wird somit leider immer weitergespielt, ohne dass die UN Sonderberichte von 2002 oder 2005 etwas geändert hätten.

Die Kriegswirren und der Staatszerfall im Kongo erlaubten den Rebellen mafiose Netzwerke aufzubauen und ein Machtpotential zu etablieren. Teilweise kooperieren sie sogar mit Personen aus Kreisen der kongolesischen Staatsarmee FARDC. Zölle werden von ihnen willkürlich erhoben und die umliegende Natur und Landschaft hemmungslos geplündert, indem Bäume gefällt und Tiere gewildert werden. Die Lokalbevölkerung wird zwangsweise in dieses System miteinbezogen und versorgt die Rebellen mit Nahrungsmitteln und baut auch Drogen für sie an. Zudem werden die Menschen immer wieder Opfer von brutalen Übergriffen der marodierenden Rebellen und nach wie vor werden Kinder entführt und zu Soldaten oder Sexsklaven gemacht. Die Truppen der MONUC stehen diesem Treiben mehr oder minder hilf- und wirkungslos gegenüber, da es an Technik und ausreichend Soldaten fehlt, die eine lückenlose Überwachung garantieren könnten.

Bündnisse in Zentralafrika

Ruanda, Burundi und die Demokratische Republik Kongo, Länder der Region der Großen Seen, gehören unterschiedlichen afrikanischen Wirtschafts- und Politikbündnissen an.

Folgend geben wir Ihnen eine kurze Übersicht über diese.

Der Tabelle kann man entnehmen, dass die Bündnislandschaft in Zentralafrika relativ breit gestreut ist. Staaten schließen sich zu wirtschaftlichen Regionalbündnissen zusammen, um einen effektiveren Wirtschaftsraum mit Zollunionen und Freihandelszonen bilden zu können (bspw. COMESA oder EAC), oder um eine gemeinsame Außen- und/oder Sicherheitspolitik zu forcieren. Dies geschieht nach dem Vorbild der Europäischen Union oder des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens (NAFTA).

Einige Staaten sind verschiedenen Abkommen beigetreten, obwohl deren Ziele teilweise die selben sind. Hinderlich wird dies besonders dann, wenn es deswegen zu Interessenskonflikten kommt und Programme ins Stocken geraten. Die Vielzahl von Organisationen schwächt zudem die Position und Bedeutung jeder einzelnen. Die EU fördert mittlerweile Rationalisierungsmaßnahmen in Bezug auf die Vereinheitlichung der diversen Organisationen, u. a. setzte sie 2003 finanzielle Anreize für eine Vereinigung von CEEAC und CEMAC.

Einzig die Afrikanische Union, die 2002 aus der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) hervorgegangen ist, strebt eine langfristige gesamtafrikanische Kooperation auf allen Gebieten an.

Organisation	Anzahl der Mitglieder	Gebiet	Bündnis typ	Burundi	DR Kongo	Ruanda
AU Afrikanische Union African Union; Union Africaine	53	Afrika	politisch - wirtschaftlich	+	+	+
CEEAC Wirtschaftsgemeinschaft der Staaten Zentralafrikas Communauté économique des États de l'Afrique centrale	11	Zentralafrika	politisch; Konfliktprävention	+	+	
CEMAC Zentralafrikanische Wirtschafts- und Währungs gemeinschaft; Communauté économique et monétaire de l'Afrique Centrale	6	Zentralafrika	wirtschaftlich-politisch		zeitweise in Beitragsverhandlungen	
CEPGL Wirtschaftsgemeinschaft der Länder der Großen Seen; Communauté économique des Pays des Grands Lacs	3	Große Seen	wirtschaftlich	+	+	+
CIRGL Internationale Konferenz für die Region der Große Seen; Conférence internationale pour la région des Grands Lacs	11	Große Seen und Zentralafrika	politisch-wirtschaftlich	+	+	+
COMESA Gemeinsamer Markt für das Östliche und Südliche Afrika; Africa Common Market for Eastern and Southern Africa	20	Ost- und Zentralafrika	wirtschaftlich-politisch	+	+	+
EAC Ostafrikanische Gemeinschaft; East African Community	5	Ostafrika	wirtschaftlich-politisch	+		+
SADC Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft; Southern African Development Community	15	Ost- und Südafrika	politisch-wirtschaftlich		+	
Tripartite + 1 Zusammenschluss von Burundi, der DR Kongo, Ruanda und Uganda	4	Große Seen	politisch Verteidigung	+	+	+
EPA Wirtschaftspartnerschaftsabkommen; Economic Partnership Agreements		Afrika, Karibik und Pazifik sowie Europäische Union	wirtschaftlich	Gruppe von Ländern des südlichen und östlichen Afrikas	CEMAC	Gruppe von Ländern des südlichen und östlichen Afrikas

Friedenskonferenz in Goma

Die Konferenz über den Frieden im Osten der Demokratischen Republik Kongo, wurde am 06. Januar 2008 eröffnet und ging am 23. Januar zumindest mit einem Teilergebnis zuende, ein sofortiger Waffenstillstand wurde vereinbart.

Gezwungenermaßen hatte Kongos Regierung die Konferenz infolge mehrerer verlorener kämpferischer Auseinandersetzungen zwischen der Regierungsarmee (FARDC) und den von Tutsi-General Nkunda geführten Rebellen der CNDP (Nationalkongress zur Verteidigung des Volkes) einberufen. Teilnehmer an den Verhandlungen waren Regierungsvertreter, Vertreter der von Laurent Nkunda geführten Rebellen und anderen lokalen Milizen. Außerdem kamen Entsandte der in Nord- und Süd-Kivu ansässigen Ethnien, Diplomaten aus den Nachbarstaaten und anderen Länder, so dass sich rund 1.300 Delegierte in Goma versammelten (was durchaus zu logistischen Schwierigkeiten führte), unter ihnen auch bedeutende Kirchenvertreter. Trotz der anfänglichen Probleme erwartete man im vorhinein viel von den Verhandlungen: Die Hoffnung auf einen Schritt in Richtung Frieden für die Provinzen Nord- und Süd-Kivu war groß. Die Worte des Innenministers Denis Kalume unterstreichen die hohe Bedeutung: "Der Kongo ist heute weitgehend friedlich und steht vor großen Wiederaufbauarbeiten. Solange Kivu nicht zum Frieden gefunden hat, ist der ganze Kongo nicht befriedet." Bereits nach einer Woche wurde deutlich, dass die Verhandlungen nur mühsam fortgesetzt und die Wahrscheinlichkeit einen Konsens unter den zahlreichen Teilnehmern zu finden gering waren. Zumal der Rebellenführer Nkunda selber nicht zur Konferenz eingeladen worden war und Präsident Kabila sich kaum zu Verhandlungsthemen äußerte.

Nur unter massivem Druck ausländischer Diplomaten konnte am 23. Januar 2008 die Friedensvereinbarung schließlich unterzeichnet werden. Man verständigte sich auf eine "sofortige und komplette Einstellung der Kampfhandlungen" sowie auf den Abzug aller Truppen von den Frontlinien. Zusätzlich soll ein "technisches Komitee" zur Ausarbeitung eines Amnestiegesetztes und zur Entflechtung der Truppen gebildet werden. Jegliche Unterstützung von Milizen von Seiten der Regierung soll ebenso eingestellt werden. Zudem betrachtet man die

Rücküberstellung der ruandischen Hutu-Milizen als einen Kernpunkt zur Befriedung. Als ein richtiges Friedensabkommen kann man diese Vereinbarungen allerdings nicht bezeichnen. Vielmehr stellen sie eine schwammige Verpflichtungserklärung (act d'engagement) dar, eine Art "Wunschliste" an die Konfliktparteien. Schwächen zeigen sich u.a. darin, dass weder Joseph Kabila noch Laurent Nkunda sie unterzeichnet haben, und dass die Hutu-Miliz "Pareco" sich deutlich von dieser distanzierte.

Ob und wie dieses Abkommen nun umgesetzt wird, und wie lange der Waffenstillstand anhalten wird, bleibt abzuwarten und hängt maßgeblich von den Kriegsführern ab. Viel wird auch vom "technischen Komitee" abhängen, das sowohl aus Vertretern der kongolesischen Parteien, wie auch aus Vertretern der UN, EU und der Afrikanischen Union bestehen soll. Eine wesentliche Hilfe wird der Abzug der Truppen von den Frontlinien bedeuten, damit UN Blauhelme der MONUC dort die vereinbarte Pufferzone bilden können. Somit könnten dann die zwischen September und Dezember 2007 etwa 430.000 geflohenen Menschen endlich wieder in ihre Heimatregionen zurückkehren. Gewissheit über dauerhaften Frieden werden sie dann aber nur in geringem Maße haben können.

Mittlerweile scheint aber wieder alles in Frage gestellt zu sein, da die Nkunda Rebellen das Abkommen boykottieren. Nach eigenen Angaben geschieht dies aufgrund eines Berichts der MONUC, in dem diese auf ein Massaker hinwies, welches von den Nkunda Rebellen an 30 Zivilisten im Zeitraum vom 16. - 20. Januar 2008, also während der Friedensverhandlungen verübt wurde.

Strom im Überfluss für die DR Kongo und den Rest der Welt?

Nach dem Amazonas in Südamerika ist der Kongo der größte und wasserreichste Fluss der Erde. Sein Wassereinzugsgebiet umfasst im Grunde die gesamte Demokratische Republik Kongo sowie Teile ihrer Nachbarländer wie Kamerun oder die Zentralafrikanische Republik. Der Kongo ist 4374 Kilometer lang, wovon etwa 3000 Kilometer schiffbar sind. Damit zählt er zur wichtigsten Verkehrsader des Landes. Entlang seines Verlaufs erstreckt sich das riesige Kongo-becken mit seinen urtümlichen Regenwäldern. Jahresdurchschnittliche 40.000 m³ Wasser pro Sekunde führt der Fluß dabei ins Meer, eine enorme Kraft.

Bei diesen naturgegebenen Voraussetzungen lässt sich leicht nachvollziehen, dass Stromkonzerne große Pläne für eine Nutzung dieser Wassermassen entwickelt haben. Es ist die Rede davon, dass mit einem Baubeginn im Jahre 2020 ein Staudamm - GRAND INGA - entstehen kann, der selbst das chinesische Yangtseprojekt übertrumpfen würde. Derzeitigen Planungen nach ist mit einem Energieertrag von 39000 MW zu rechnen (zum Vergleich: ein größeres Atomkraftwerk leistet etwa 1000 M). Die Weißen Elefanten des ehemaligen Kongoherrschers Mobutu, die bestehenden Inga - Staudämme 1 und 2, würden in die Pläne miteinbezogen werden und entsprechend erneuert, zudem würde Inga 3 in Betrieb gehen mit 4500 MW Leistung.

Die in den 70iger Jahren von französischen Unternehmen errichteten Dämme befinden sich an den Ingafällen, an denen der Kongo 102 Meter in die Tiefe stürzt, 40 Kilometer entfernt von der westlichen Hafenstadt Matadi gelegen. Zu Beginn hatten die beiden Werke eine Nennleistung von 1775 MW und sollten über eine Überlandleitung vor allem die Bergwerke in der südöstlichen Provinz Katanga mit Strom beliefern. Mittlerweile ist die Technik runtergewirtschaftet und der kongolesische Staat arbeitet mit der Weltbank und internationalen Konzernen an einer Instandsetzung. (s. "Der Inga-Staudamm und Fichtner" in der ÖNZ - Studie: "Von der Gewalt- zur Friedensökonomie", S. 87-92.)

Zusätzlich zu diesen Aufgaben kommen nun noch die Pläne des 50 Milliarden Dollar schweren GRAND INGA Projekts, welches Afrika und

sogar Teile Europas mit ausreichend Strom versorgen könnte.

Der Weltenergierat (World Energy Council, WEC) wird im März in Gaborone, Botswana, eine Konferenz zum Thema der Finanzierung des Inga Staudammprojekts durchführen. Ein geladen sind neben Regierungsvertretern vieler Länder, u.a. wird Heidemarie Wieczorek-Zeul erwartet, vor allem Manager großer Energiekonzerne. Unter dem Namen Westcor haben sich die staatlichen Energiekonzerne aus Angola, Botswana, Namibia, Südafrika und natürlich der DR Kongo zusammengeschlossen. Formell sind die Partner alle gleichberechtigt.

Gerade Südafrika, das jüngst mit einem Stromversorgungsproblem weltweit in die Schlagzeilen geriet, es existieren zu wenige Kraftwerke, um den gestiegenen Bedarf zu decken, hat aufgrund dieser Tatsache, ein hohes Interesse an der Leistungssteigerung der Inga-Dämme. Zudem bezieht die Regenbogennation schon heute 100 MW täglich aus dem Kongo. Ein Vertreter der südafrikanischen Stromwirtschaft träumt gar davon, daß man, sobald die höchste Staustufe bei GRAND INGA erreicht sein wird, mit 90.000 MW rechnen kann. Der Drei-Schluchten-Damm in China erbringt "gerade" 18.000 MW.

In Gaborone wird es zunächst darum gehen, Gelder zu sichern, um die bestehenden Dämme Inga 1 und 2 wieder auf volle Leistungsfähigkeit zu bringen, u.a. müssen Turbinen gewartet, Risse im Beton aufgehalten werden. Damit zusammenhängend müssen die Stromleitungsnetze im Kongo und in seine Nachbarländer hin ausgebessert bzw. ausgebaut werden. Danach wird es darum gehen, das Projekt Inga 3 zu diskutieren, bevor es dann erst einmal um eine Machbarkeitsstudie für GRAND INGA gehen wird.

Die staatlich-kongolesische Elektrizitätsfirma SNEL (Société nationale d'électricité) sitzt bei allem mit im Boot, alleine könnte sie die mit gewaltigen Kosten für dieses Mammutprojekt "grüner Energiegewinnung" absolut nicht tragen. Inwiefern dieses faszinierende Projekt nun menschenrechtlich und umwelttechnisch "sauber" ablaufen wird, bleibt aber zu hinterfragen und muss kontrolliert werden. GRAND INGA ist sicherlich ein Projekt, das Ingenieursherzen höher schlagen lässt, zudem ist es ein Prestigeprojekt sowohl für die DR Kongo als aber

auch für die beteiligten afrikanischen Partner. Auch die Weltbank hätte die Chance sich mit "grünen Federn" zu schmücken. Ob die kongolesische Lokalbevölkerung aber direkt in hohem Maße von GRAND INGA profitieren kann? Es wäre sehr zu wünschen, dass ihnen nicht auch noch diese Quelle möglichen Wohlstands zum Nachteil gereicht!

Scheitern der Regenwaldreform im Kongo - Weltbank gesteht Fehler ein

Das große Kapital der Demokratischen Republik Kongo und zugleich auch die große Last liegt in ihrem unermesslichen Rohstoffreichtum begründet. Alleine die Fläche des Regenwaldes, der zweitgrößte der Erde, spricht für eine hohe Verantwortung, gilt es doch 60 Millionen Hektar zu verwalten. Wenn gut 40 Millionen Kongolesen, zweidrittel der Bevölkerung, direkt vom Waldgebiet abhängig sind, zeugt dies von einer enormen wirtschaftlichen Bedeutung für das Land. Vor allem der Holzeinschlag und die Gewinnung von Ackerflächen sind von direkter Bedeutung für die Bevölkerung, aber auch die Wilderei von Tieren.

Daneben vergibt der Staat Einschlagskonzessionen an große Holzunternehmen, u.a. an Unternehmen aus Deutschland, Frankreich und Kanada. Bis 2002 geschah dies nach dem Motto: "Wer die höchsten Schmiergelder bezahlt, bekommt die Konzession und kann auf dem Gebiet machen, was er will." Hoher Nutzen für bestimmte Firmen und korrupte Regierungsstellen, kein Nutzen für die (Wald-) Bevölkerung.

Erdbeben erschüttert Grenzregion zwischen Kongo und Ruanda

Die Region rund um die ostkongolesische Stadt Bukavu in der Provinz Süd-Kivu wurde in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar erneut von zwei starken Erdbebenstößen erschüttert. Ein Wert von 5,5 wurde auf der Richterskala gemessen. Viele Menschen flohen aus ihren Hütten und Häusern. 44 Menschen wurden verletzt, Tote waren dieses Mal nicht zu beklagen. Allerdings wurden zahlreiche Gebäude zerstört. Bukavu liegt in einer seismologisch sehr aktiven Gegend, der sogenannte Große Afrikanische Grabenbruch verläuft dort. Bereits am 3. Februar ereignete

Die Weltbank wollte mit diesen Praktiken aufräumen und brachte gemeinsam mit der Übergangsregierung ein neues Forstgesetz auf den Weg, welches ein noch auf Vorstellungen der Kolonialzeit basierendes Gesetz ersetzte. Es sah vor, dass 40% der Steuern, die die Unternehmen an den Staat zahlen, zurück an die lokalen Gemeinschaften fließen sollten. Zudem sollten Holzfirme Gelder für Infrastruktur, Schulen, Krankenbehandlungsstationen, Stromversorgung, etc. bereitstellen. Weiterhin sollte den eigentlichen, traditionellen Besitzern der Waldflächen ein uneingeschränktes Zugangs- und Nutzungsrecht zugesichert werden. Außerdem sollten mindestens 15% der Waldfläche als Schutzgebiete ausgewiesen werden. Einschlagsgebiete hätten dann nach strengen Nachhaltigkeitskriterien hin bewirtschaftet werden sollen. Neue Vergaben von Konzessionen sollten unter transparenten Bedingungen erfolgen. Das angestoßene Programm sollte zu einer Ankurbelung der kongolesischen Wirtschaft und zu einer Armutsminderung in der Bevölkerung beitragen. Gleichzeitig setzte eine Überprüfung der bereits vergebenen Konzessionen durch Mobutu und die Familie Kabila ein, und ein Aufschub für die Neuvergabe konnte durchgesetzt werden. Weswegen aber scheiterte die Weltbank trotz dieser positiven Vorzeichen?

Im Jahre 2005 machten erstmals Vertreter der in den Wäldern lebenden Pygmäen auf ein Fehlenschlagen der Reformen aufmerksam und klagten dagegen, dass ihre traditionellen Rechte und Besitzansprüche am Wald nicht gewahrt würden. Die Weltbank setzte daraufhin eine Untersuchungskommission ein, welche nun am 15. Januar ihr Ergebnis vorlegte. Im Bericht

sich ein heftiges Beben der Stärke 6 in dieser Region, welches vor allem in Ruanda heftige Schäden verursachte und in einem Umkreis von 1000 Kilometern zu spüren war. Nach Behördenangaben waren bei den ersten Beben auf beiden Seiten der kongolesisch-ruandischen Grenze mindestens 30 Tote und über 400 Verletzte zu beklagen, die Krankenhäuser arbeiteten am Rande ihrer Kapazität. Die Vereinte Evangelische Mission (VEM) in Wuppertal stellte nach dem Beben direkt 10.000 Euro für Soforthilfemaßnahmen in ihren Mitgliedskirchen bereit. Mit je der Hälfte werden die Episkopale Kirche in Ruanda und die Baptistische Kirche im Zentrum Afrikas, CBCA im Kongo, unterstützt.

heißt es, dass die Weltbank sich nicht an ihre eigenen Vorgaben gehalten habe, vor allem im Umgang mit Rechten indigener Bevölkerungen und Umweltfragen.

So würdigt Werner Keine, der Vorsitzende der Kommission, zwar die Anstrengungen der Weltbank in diesem schwierigen Bereich, hebt aber klar hervor, dass erste Fehler bereits in der Projektkonzipierung entstanden seien, indem man z. B. nicht die Pygmäen mit in die Analyse der Ausgangssituation aufnahm. Die Weltbank habe zudem Einkünfte aus dem industriellen Holzeinschlag als zu hoch eingeschätzt. Gelder, die die Lokalbevölkerung hätten erreichen sollen, versandeten aufgrund des nach wie vor desolaten Staatsapparates. Die Regierung hält sich außerdem nicht strikt an das Vergabemotorium für neue Konzessionen. Zur Zeit müssen noch 156 Konzessionen für 21 Millionen Hektar Regenwald auf die Einhaltung der vereinbarten Kriterien hin überprüft werden. Trotz aller Schwierigkeiten bekundeten die Verantwortlichen der Weltbank eine große Erleichterung ob dieses Berichts. Man wolle und müsse aus den Fehlern lernen und sich weiterhin zusammen mit der Regierung der DR Kongo für die Fortsetzung des begonnenen Prozesses einzusetzen, so die Vizepräsidentin der Weltbank für die Region Afrika, Obiageli Ezekwesili. Fragt sich nur, warum die Weltbank nicht bereits aus früheren Projekten gelernt hat. Patrick Alley, der Direktor von Global Witness, stellt in einer Erklärung vom 18. Januar heraus, dass NROs wiederholt die Ansätze von Banken zur Rettung von Wäldern in armen Ländern mit einer schlechten Regierungsführung dahingehend kritisiert hätten, dass diese weder sozial- noch umweltverträglich seien, und dies nun durch den Bericht der Weltbankkommission eindeutig bestätigt wurde. Kein Ökonom der Welt könne zudem bestätigen, dass industrieller Holzeinschlag in den Tropen, Armut reduziert hätte, dennoch werde dies überall behauptet, warum nur?

Dazu: In der letzten Ausgabe des Newsletters stellte Knud Vöcking von "urgewald" ein Lobbyprojekt vor, welches deutschen Entscheidungsträgern die Situation im kongolesischen Rohstoffsektor verdeutlichen sollte. Dieses Projekt wurde gemeinsam mit kongolesischen Partnern durchgeführt und finanziell vom Diakonischen Werk unterstützt.

EurAc fordert von der EU einen verstärkten Einsatz für Frieden und Sicherheit im Osten der Demokratischen Republik Kongo

EurAc, das Europäische Netzwerk für Zentral Afrika - ihm gehören 46 Nichtregierungsorganisationen an, u.a. Brot für die Welt, Misereor und das ÖNZ - richtete zu Beginn der Slowenischen EU Ratspräsidentschaft ein Memorandum mit acht Forderungen an diese mit dem Ziel, dass die EU einen stärkeren Beitrag für Frieden- und Sicherheit im Osten des Kongo leistet. EurAc stellt zu Beginn des Memorandums die Grausamkeit des "Ersten Afrikanischen Weltkrieges" heraus und beruft sich auf neueste Zahlen des International Rescue Committee (IRC), nach dessen Angaben 5,4 Mio. Menschen den Kriegen und ihren Folgen in der DR Kongo seit 1998 zum Opfer gefallen sind. Um bessere humanitäre Hilfe und um eine effektivere demokratische Aufbauarbeit im Kongo gewährleisten zu können, empfiehlt EurAc der EU und der internationalen Gemeinschaft ein gemeinsames Vorgehen in Fragen der Sicherheit in der Region. Dabei sollte ein Entwicklungsplan auf lange Sicht hin entwickelt werden und klare Verantwortlichkeiten der EU bzw. UN sollten benannt werden. Konkret fordert EurAc u. a.: Die EU müsse die Friedensverträge für den Ostkongo von Nairobi (November 2007) und von Goma (Januar 2008) deutlicher unterstützen und deren Umsetzung entsprechend begleiten. Als einen der dringlichsten Punkte benennt EurAc die Reform des Sicherheitssektors. Militär und Polizei im Kongo bedürfen eines strukturierten Aufbaus und der Integration ins Staatswesen. Dabei sollte auch die UN Mission (Mission de l'ONU en RD Congo - MONUC) eine größere Rolle spielen as bisher und mehr Möglichkeiten aus ihrem Mandat ziehen. Es bedarf jedoch auch der Mitarbeit einer aktiven und motivierten Zivil gesellschaft, so dass ein Ziel der Arbeit der EU deren Unterstützung sein müsse.

EurAc wünscht sich einen nicht nachlassenden Beistand der Europäischen Partner für den Kongo mit einem Schwerpunkt auf friedenserhaltenden und demokratischaffenden Maßnahmen.

Veranstaltungankündigungen

I.

"Nach dem Abkommen von Goma - Hoffnung auf Frieden im Ostkongo?"

Montag, den 10. März 2008 von 17.00 bis 18.30 Uhr in der Akademie der Konrad-Adenauer-Stiftung (Tiergartenstr. 25, 10785 Berlin)

Veranstalter: Konrad-Adenauer-Stiftung, das Ökumenische Netz Zentralafrika (ÖNZ) und die Initiative Südliches Afrika (INISA)

Podium:

Hartwig Fischer, MdB, Berlin

Dominic Johnson, taz, Berlin

Mgr. Dr. Jean-Luc Kuye-Ndondo wa Mulemera, Präsident der Eglise du Christ au Congo (ECC) Süd-Kivu, Präsident der Wahrheits- und Versöhnungskommission und Mitglied des Senats der DR Kongo.

Moderation: Arne Behrensen (crisis action)

Bei Interesse melden Sie sich bitte rechtzeitig unter folgender E-Mailadresse an, da die Teilnehmerzahl begrenzt ist:

anmeldung-berlin@kas.de

II.

"Transitional Justice in der DR Kongo"

Mittwoch, 12. März 2008 19 - 21 Uhr

Veranstalter: FriEnt und ÖNZ

Keynote speech: Prof. Dr. Hertha Däubler-Gmelin (Deutscher Bundestag)

Podium:

Robert Garretón (ehemaliger UN Sonderberichts-erstatter zum Kongo)

Jean-Luc Kuye-Ndondo (Präsident der Wahrheits- und Versöhnungskommission)

Sr. Marie Bernard Alima (Justitia et Pax)

Lievin Ngondji (ICC Coalition)

Moderation: Laura Davis, ICTJ DR Kongo

Anmeldung: office@oenz.de

(Betreff: TJ Abendveranstaltung)

Impressum:

Ökumenisches Netz Zentralafrika

Chausseestr. 128/129

10115 Berlin

fon: +30/48 62 5700

fax: +30/44 35 1989

office@oenz.de

www.oenz.de

Redaktion: Dr. Karin Müller, Uli Baege, Anne Scholz, Veronika Springmann

V.i.S.d.P.: Dr. Karin Müller

Zentralafrika aktuell erscheint 6x jährlich. Ein kostenloses Abo kann per Formular auf unserer website bestellt werden. Die Inhalte des Newsletters geben die Meinung der Autoren wieder und entsprechen nicht notwenigerweise die Meinung der Redaktion oder der Mitgliedsorganisationen.